

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1434

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1434



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Skepsis gegenüber einer allgemeinen Schulpflicht ab 4



ROBERT NEF* • September 2008

Zur Zeit gilt es in verschiedenen Kantonen über die Einführung eines Vereinheitlichungsprogramms im Volksschulwesen (HarmoS) abzustimmen. Es gibt bestimmt eine Reihe von Gründen, die für eine gesamtschweizerische Vereinheitlichung und insbesondere für eine obligatorische Einschulung mit 4 Jahren sprechen. Sie sind in den Medien ausführlich abgehandelt worden. Im Folgenden werden die Gründe dargelegt, die – aus liberaler Sicht – dagegen sprechen, oder mindestens zur Skepsis mahnen. Es sind nicht nur konservative Reflexe, die ein „Nein“ zu HarmoS nahelegen.

1. HarmoS bringt mehr Staat statt weniger Staat im Bildungswesen

Das Kind gehört sich selbst und seinen Eltern, und nicht dem Staat. Die allgemeine obligatorische Schulpflicht war eine Errungenschaft des liberal-demokratischen laizistischen Staates. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Schulpflicht allen Eltern und Kindern einen Zwang auferlegt, der in die Freiheit von Eltern und Kindern massiv eingreift. Was an Verstaatlichung im 19. Jahrhundert als Abwehr des konfessionell dominierten Schulwesens möglicherweise notwendig war, hat für das 21. Jahrhundert keinen Modellcharakter mehr. Heute geht es um die Befreiung des Bildungswesens aus den egalitären staatlichen Fesseln und um den schrittweisen Übergang zu flexibel und autonom gestalteten Formen der Kombination von Lernen, Arbeiten und Musse während des ganzen Lebens.

2. HarmoS verstärkt die Gleichschaltung und die Selektion zwischen „Normalen“ und „Sonderfällen“

Der Reifungsprozess im bisherigen Vorschulalter ist sehr individuell. Was für das eine Kind gut ist, ist für ein anderes eine Überforderung und für ein drittes eine Unterforderung. Die obligatorische frühe Einschulung von Jahrgangsklassen schafft daher unweigerlich Probleme. Es kommt zu immer mehr Institutionen, die selektionieren und dann Ausnahmen regeln, und es werden schon sehr früh kollektiv „Sonderfälle“ geschaffen.

* Der Autor ist Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.

3. HarmoS leistet keinen Beitrag zur sogenannten „Chancengleichheit“

Die Meinung, man könne durch obligatorische frühere Einschulung die sogenannte Chancengleichheit fördern, ist empirisch nicht erhärtet. Zwar werden offenbar die Bildungsferneren gefördert, aber die frühere Einschulung dürfte die Leistungsunterschiede eher markanter spürbar machen als abschwächen. Es wird eine Zahl von Kindern geben, die schon mit 5 sehr gut schreiben und lesen, andere werden früh „abgehängt“. Gibt es nachher im Anschluss an diese selektionierende Startphase altersunabhängige Leistungsklassen (wie etwa in Frankreich) und eine spezielle Förderung der Begabten, oder kommt der Moment, wo jene mit einem Vorsprung sich zu Tode langweilen und disziplinarische Schwierigkeiten machen oder vorzeitig resignieren? Die Betonung von „mehr Chancengleichheit“ durch frühere Einschulung nährt die Vermutung, dass die ganze Harmonisierung letztlich zu Lasten der Leistungsfähigeren, Originelleren geht und zu Lasten derjenigen, die zu Hause mehr und anderes lernen als in der Schule.

4. HarmoS schafft Sicherheitsprobleme und verursacht neue Kosten beim Schulweg

Das Problem des sicheren Schulwegs für 4-jährige ist weder in ländlichen noch in städtischen Gegenden befriedigend gelöst. Dazu werden zusätzliche Verkehrsprobleme verursacht.

5. HarmoS hat eine unzureichende empirische Basis

Gibt es tatsächlich nur positive Erfahrungen mit der Einführung des Kindergarten-Obligatoriums? Hat man die bisherigen Erfahrungen auch kritisch ausgewertet, oder war die beobachtende Begleitung dieser Neuerung ausschliesslich in den Händen derer, die sie propagiert haben und die professionell davon abhängig sind? In der Regel generieren Obligatorien und Harmonisierungen neue Ausnahmen, Spezialfälle, Grenzfälle, Ausnahmegewilligungen, d.h. nicht nur Nutzniesser, sondern auch Opfer und Kosten, über die man nicht gerne spricht und die auch nicht erforscht werden. These: Die frühe obligatorische Kollektivierung der Erziehung führt vor allem bei jenen zu Defiziten, die zu Hause vom Mainstream abweichende Werte ins Zentrum stellen.

6. HarmoS verletzt das Subsidiaritätsprinzip

Schulpflicht ab 4 Jahren verletzt das Subsidiaritätsprinzip, sowohl gegenüber Familien und privaten Organisationen als auch gegenüber dem Stufenbau im Staat. Es wird ein Problem zentral und allgemeinverbindlich geregelt, das bisher kantonale, kommunale oder private Lösungen sind zwar nicht unbedingt besser und es gibt durchaus Gründe für eine Harmonisierung. Harmonisierung bedeutet aber immer auch Nivellierung. Die Chance, die darin steckt, dass man unsichere Experimente zunächst einmal im kleinen kollektiven

Rahmen durchführen und nachher auswerten, kopieren bzw. vermeiden kann, sollte nicht unterschätzt werden. Harmonisierung bewirkt eine Stabilisierung und Verkrustung, verringert die Chancen des Lernens durch Vielfalt und Vergleich und erschwert abweichendes Verhalten bei kollektiven Irrtümern des jeweils vorherrschenden pädagogischen Zeitgeistes.

7. HarmoS löst die Probleme des Wohnorts- und Schulwechsels nicht

Das Problem des Schulwechsels als Folge des Wohnortwechsels ist ernst zu nehmen. Es existiert allerdings auch bei harmonisierten Lehrplänen, weil der Wechsel der Lehrperson und der Schulklasse unabhängig vom Lehrplan für viele Schüler psychisch belastender ist als ein Systemwechsel. Ob der Wechsel gelingt, hängt mehr vom Geschick der Lehrpersonen ab als von der Einheitlichkeit der Systeme. Wahrscheinlich bewirken ausgerechnet Inkompatibilitäten im System bei Lehrpersonen und –institutionen jene Geduld und Toleranz, die bei allen Übergangs- und Anpassungsprozessen unabdingbar sind. Eine bürokratische Vereinheitlichung der Lehrmittel und Programme löst die überwiegend psychologischen und gruppendynamischen Probleme eines Wohnorts- und Schulwechsels nicht. Wenn der Wohnortswechsel nicht nur die Kantonsgrenze, sondern auch die Sprachgrenze oder gar die Landesgrenze überschreitet, sind die Probleme ohnehin nicht durch Zwangsharmonisierungen zu lösen, sondern durch eine flexible Handhabung zwischen Beteiligten und Betroffenen und massgeschneiderten Angeboten an individueller Nachhilfe.

8. HarmoS wird einen Kostenschub im Schulwesen auslösen, der für die Stimmbürgerschaft nicht thematisiert wird

Selbst wenn man davon ausgeht, dass in einer Zeit des Rückgangs der Geburtenziffern genügend personelle und räumliche Kapazitäten bereits da sind, und in Kantonen mit bestehender Kindergartenpflicht lediglich die Terminologie zwischen „Kindergarten“ und „Schule“ wechselt, dürfen die Kostenfolgen für die öffentlichen Hände nicht unterschätzt werden. Es braucht mehr Schulen, mehr Lehrpersonal, mehr Betreuungs- Überwachungs- Selektions- und Therapiepersonal. Das belastet zusätzlich die Staatsquote, ohne dass dabei notwendigerweise ein Nutzen geschaffen wird. Ob damit insgesamt eine Erhöhung des Bildungsniveaus verbunden wäre, ist eine offene Frage, die uns die vergleichende Bildungsforschung nicht beantwortet. Mehr Schulzeit, mehr Schule und mehr Geld für die Schule bedeutet nicht automatisch mehr Wissen und Können, mehr Glück, mehr Innovationen und mehr Produktivität. Auch das Familien- und Arbeitsleben sind eine „Schule ohne Lehrer und ohne harmonisierte Lehrgänge“, und es dürfte nicht einfach sein, aufzuschlüsseln, wer, wann und wo das jeweils Lebensdienlichste lernt.

9. HarmoS fördert die Verstaatlichung und Kollektivierung der frühen Jugend

Die allgemeine Schulpflicht hat eine Art Zwangskasernierung der gesamten Jugend bewirkt. Sie hat die individuelle Sozialisierung im Familienverband – .mindestens zum Teil – abgelöst. Die Familien sind generell kleiner geworden. Der Stellenwert der Erziehung im Kleinkindesalter im Hinblick auf Werthaltungen, Vorbildwirkung von Eltern, Geschwistern und Grosseltern und andern privaten Bezugspersonen darf aber immer noch nicht unterschätzt werden.

Dort wo die häusliche Umgebung qualifizierte Bildungswerte vermittelt als das gemischte Zwangskollektiv in der Schule, dürfte durch die Vorverlegung des Schulzwangs eine Nivellierung nach unten stattfinden. Dafür gibt es wohl gewisse Vorteile für sog. Bildungsferne und Immigranten. Aus liberaler Sicht ist aber der Preis der Nivellierung nach unten zu hoch, selbst wenn er rein zahlenmässig mehr Kinder bevorzugt als benachteiligt.

10. HarmoS taugt nicht zur Frauen- und Familienförderung

Die frühe Schulpflicht wird auch als Massnahme der Frauenförderung propagiert. Sie unterliegt dem Trugschluss, dass Kinder lediglich eine zeitliche und finanzielle Belastung darstellen, die Eltern so früh wie möglich an den Staat abschieben wollen. Selbst wenn eine Mehrheit dies tun will, soll eine Minderheit nicht dazu gezwungen werden. Die Kleinkindererziehung von 0-6 (und auch später) ist für die beteiligten und betroffenen Erwachsenen, Väter und Mütter, auch eine grosse Chance. Auch Eltern werden erzogen und gezähmt - durch ihre Kinder. Warum soll man jenen Frauen und Männern (!), die den Kontakt mit Kindern als bildend und lebensbereichernd empfunden, diese Chance wegnehmen und zeitlich von Staates wegen einschränken? Auch hier geht es allenfalls um Minderheiten, aber um Minderheiten, die aus liberaler Sicht besonders schutzwürdig sind.

Eine bessere, kultiviertere lebenslängliche Kombination von Lernen, Beruf, Freizeit und Familienzeit sollte durch eine Deregulierung der Arbeitswelt und der staatlichen Rentenkorsette und neue Formen der flexiblen und auf persönliche Präferenzen massgeschneiderte Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, Alt und Jung abgelöst werden und nicht durch eine Vorverlegung des Schulzwangs.

11. HarmoS unterschätzt den Wert der gemeinsamen Zeit in der Familie

Zeit mit Kindern ist viel wert, und wer von Staates wegen die Schulzeit zu Lasten der Familienzeit ausweitet, nimmt jenen Eltern, die Familienzeit schätzen, etwas weg. Jene Familienpolitik, welche nur die finanzielle Entlastung der Eltern durch kollektive staatsfinanzierte Institutionen als "familienfördernd" betrachten, beruhen auf fatalen Irrtümern. Die Familie wird auch dadurch gefördert, dass man sie in ihrer Notwendigkeit wirksam bleiben lässt und herausfordert. Die Familie leidet mehr an Unter- als an Überforderung.

Aus liberaler Sicht sollte man die Botschaft ins Zentrum stellen, dass Kinder eines der höchsten Lebensgüter sind. Man kann sie mit keinem Geld kaufen, und der Nutzen übersteigt – aufs Ganze gesehen – bei weitem die Kosten. Gut erzogene und in der Familie (und nicht im nivellierenden und auf materielle Werte ausgerichteten Schulumfeld) sozialisierte Kinder sind auch im Hinblick auf die Altersphase ein unschätzbares Kapital.

12. HarmoS schadet vor allem jener Minderheit von Eltern, die gegenüber der sogenannten Jugendkultur skeptisch sind

Eltern, welche der Kindererziehung einen hohen Stellenwert einräumen, haben in der Regel mit den in der Schule und ihren vorwiegend durch Altergenossen vermittelten Werten (bzw. Unwerten!) etwelche Mühe. Es wird heute immer schwieriger, die Familie als eine vor allerhand modisch-zivilisatorischem Unsinn geschützte Kleingruppe zu behaupten. Dabei ist gerade die Massengesellschaft auf die kreative Dissidenz von Familien angewiesen, selbst wenn, ja gerade wenn sich diese in der Minderheit befinden.

Schlussbemerkungen und offene Fragen

Warum sollte man nicht vermehrt die Möglichkeit schaffen und unterstützen, massgeschneiderte Vorschulinstitutionen und auch Schulen in privater Initiative zu gründen, die qualifizierteren Vorstellungen der Wertevermittlung genügen? Wenigstens für die Vorschulerziehung sollte es noch vielfältige Experimente auf einem offenen Markt ohne Obligatorium geben. Warum kommt ausgerechnet hier, bei Erziehung und Bildung, einem Schlüsselbereich der Gesellschaft, kollektive Einfalt vor individueller Vielfalt? Warum sollen ausgerechnet hier jene Minderheiten, auf die es später einmal ankommt, nicht geschützt werden vor dem kollektiven Zwang zugunsten einer Mehrheit von Bildungsfernen?

Kultivierte Familien dürfen zwar kultivierter essen und wohnen und ihre Freizeit verbringen, in der Schule werden aber alle Kinder auf ein relativ primitives Kollektivniveau an Lebenskultur hinuntergedrückt. Selbstverständlich werden Unwerte nicht von den Lehrkräften vermittelt, die sich oft mit bewunderungswürdigem Einsatz aber mit wenig Erfolg dagegen stemmen. Wertvorstellungen verbreiten sich aber spontan im Kollektiv der Jahrgangsklassen, wo sich unter Schülern häufig die primitivsten Strömungen einer Massengesellschaft durchsetzen. Je länger und je intensiver die Kinder diesen gegenseitigen Einflüssen ausgesetzt sind, desto weniger Chancen haben die elterlichen Gegenimpulse.

Die Frage, wieviel „Lebenskunde“ die Kinder in der Schule von den Lehrkräften und wieviel sie von den Mitschülern rezipieren, sollte einmal kritisch untersucht werden. Was man „Sozialisation“ unter Schülern nennt ist oft der Sieg des Primitiven gegenüber dem Kultivierten. Dagegen kann die Staatsschule mit ihren

jetzigen Strukturen wenig ausrichten. Die Familien sind gefordert, aber sie brauchen die entsprechende Kontakt- und „Sendezeit“ dazu.

Die einheitliche Staatsschule ab 4 führt zu einer weiteren DDR-isierung Europas und der Schweiz: Je früher und je mehr staatlich-kollektiv, desto besser, so das Motto der Etatisten aller Länder und Parteien. Der offenbar für verderblich gehaltene Einfluss der bürgerlichen Familie muss demzufolge so früh wie möglich durch staatliche Zwangsinstitutionen ersetzt werden.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Seefeldstrasse 24
8008 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2008, Liberales Institut.